

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

24.4.1922 (No. 95)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
schreiber
G. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 A — Einzelnummer 1.— A — Anzeigengebühr: 1.50 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vervielfacht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerübernahme, zwangsweiser Betretung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten und der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Verschärfte Fremdenkontrolle auf dem Lande.

Da in letzter Zeit die öffentliche Sicherheit auch auf dem Lande oft schwer verletzt wurde, hat das Ministerium des Innern erneut eine scharfe Kontrolle der zuziehenden wie der ortsfremden Personen vornehmlich auch in den ländlichen Bezirken angeordnet. Gendarmerie und Ortspolizei sind bereits mit entsprechender Anweisung versehen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz Kohlenmangels im allgemeinen weiterhin günstig entwickelt; die Erwerbslosenziffer ist wiederum gesunken, am Ende der Berichtswocde befanden sich im Ganzen noch 600 Vollerwerbslose in Unterstützung; mit Vorkürzung wird nur vereinzelt gearbeitet, entsprechend ist auch (als Folge der vermehrten Aufnahmefähigkeit der Industrie) eine weitere Abnahme der Notstandsarbeiterziffer wahrzunehmen.

In der Landwirtschaft ist mit einer vermehrten Nachfrage nach (jüngeren) Knechten, Diensthuben (insbesondere im Oberland) und Mägden für die nächste Zeit bestimmt zu rechnen. — In der Industrie der Steine und Erden hat der schon Wochen hindurch zu beobachtende dringende Bedarf an Steinbauern und Steinbrechern unermindert angehalten. — In der Metallindustrie sind in Mittel- und Oberland Formier, Eisenreher, Spezialisten auf Telephonbau und sonstige Facharbeiter gesucht, während an jungen Maschinenführern allgemein kein Mangel besteht. Dagegen ist die Forstheime Schmutzwarenindustrie für Facharbeiter andauernd höchst aufnahmefähig. — Textil- und Möbelindustrie sind floriert beschäftigt. — Im Genußmittelgewerbe hat sich die Nachfrage nach Kräften für die Tabakindustrie weiterhin behält, insbesondere im Heidelberger Bezirk sind Sortierer sehr gesucht. Daraus fordert Zigarrenmacher an. — Im Bekleidungsgebiete blieb die Nachfrage nach Schneidern sehr lebhaft. Im Schuhmacherberufe ist dringlich ein etwas stärkerer Bedarf an Maßschneidern zu beobachten. — An verschiedenen Plätzen haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten auch für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend der allgemeinen Entwicklung gehoben, in der Hauptsache waren es jedoch junge Mädchen unter 20 Jahre, die angefordert wurden. — Angesichts der kommenden regen Bautätigkeit machte sich ein außerordentlich hoher Bedarf an gelehrten und auch ungelerten Arbeitskräften geltend. — Die kaufmännische Stellenvermittlung mit ihrer bekannten Nachfrage nach Stenotypistinnen zeigte keine nennenswerte Veränderung. — Die Nachfrage nach weiblichem Küchenpersonal im Gastwirtsberufe war kaum zu denken.

* Genua.

VI.

Frankreich hat endlich die Maske fallen lassen und den Dolch aus dem Gewande gezückt. Wenn der Stolz, den es damit führte, nicht sogleich zu einer Sprengung der Konferenz geführt hat, so ist das wieder einmal ein Verdienst des britischen Ministerpräsidenten. Man hat sich nach erregten Debatten, in deren Verlauf Lloyd George der französischen Delegation ziemlich unerblickt seine Meinung sagte, auf eine Art Kompromiß geeinigt, das allerdings so widerspruchsvoll ist, daß jeder Teil sich darunter das denken kann, was ihm gerade paßt.

Dieses Kompromiß hat seinen Niederschlag gefunden in einer neuen Note, die von den Mitgliedern der Großen und der Kleinen Entente beschlossen und der deutschen Delegation überreicht wurde. Nach dieser Note müssen, wenn ihre Angaben zutreffen sollten, die unglücklichsten Mißverständnisse obgewaltet haben oder man hätte die ganze Note als eine heuchlerische Ansprache zu betrachten. Wir wollen korrekterweise zunächst das erstere annehmen und einmal daran glauben, daß in der Tat die beiden Ententen nicht die Absicht gehabt haben, Deutschland auf die bekannten Londoner Vorschläge, von denen einzelne Teile für Deutschland sehr ungünstig sind, festzulegen, sondern daß sie vielmehr gewillt waren, über alle strittigen Punkte mit Deutschland vorher schiedlich-friedlich zu verhandeln. Die Gewährsmänner, von denen sich die deutsche Delegation über das Vorgehen der Großen und der Kleinen Entente in der russischen Frage beraten ließ, haben sich aber, wie von deutscher Seite behauptet wurde, berartig geäußert, daß unsere Delegation sich auf eine Vergewaltigung gefaßt machen mußte.

Eine befriedigende Aufklärung ist bis jetzt nicht gegeben worden. Von Seiten der Entente wird immer wieder behauptet, daß kein einziges Mitglied der Delegation der einladenden Mächte sich zu den deutschen Vertretern

so ausgesprochen hätte, daß diese an den Versuch einer Vergewaltigung hätten glauben können. Es bestehen dann also drei Möglichkeiten einer Aufklärung. Einmal wäre damit zu rechnen, daß doch ein Mitglied der Ententelegationen eine Indiskretion begangen hat, die jetzt aber vertuscht werden soll. Oder aber: es haben die Mitglieder der russischen Delegation unseren Vertretern eine falsche bzw. einseitige Darstellung der bisherigen Verhandlungen zwischen Rußland und der Entente gegeben, um Deutschland zu einem schnellen Abschlusse des Vertrages zu bewegen, eines Vertrages, an dem allerdings Rußland aus politischen Gründen ein noch größeres Interesse hat, als Deutschland.

Schließlich aber darf man die Annahme, daß die Konferenz einer französischen Intrigue zum Opfer gefallen ist, auch nicht völlig von der Hand weisen. Der französischen Delegation mußte es darauf ankommen, Deutschland ins Unrecht zu setzen, nachdem Frankreich selbst isoliert worden war. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre dann jedes Mittel recht gewesen, auch das einer Intrigue. Aber, wie gesagt: eine reiflose Aufklärung über diese Dinge besitzen wir noch nicht.

Der wichtigste Passus der neuen Note ist der, in dem es heißt: „Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden werden. Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen gelten.“

Also, auch Frankreich, dessen aufgeregter Ministerpräsident, Herr Poincaré, noch vor drei Tagen die Abwendung einer in anmaßendem Tone gehaltenen Protestnote an die Konferenz durchdrückte und am liebsten den ganzen Zwischenfall zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht hätte, muß jetzt von neuem erklären, daß der Zwischenfall erledigt ist. Die andere Feststellung aber, daß von dem deutsch-russischen Vertrag nur das gelten solle, was den bestehenden Verträgen nicht zuwiderläuft, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Juristen der Entente haben ja bereits entschieden, daß der deutsch-russische Vertrag die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles nicht verletze. Von französischer Seite wird allerdings behauptet, daß eine solche Verletzung vorliege. Frankreich wird also die Aufgabe haben, die Tatsache dieser Verletzung juristisch nachzuweisen. Im allerschlimmsten Falle könnte dann ja immer noch der Vertrag so modifiziert werden, daß er auch die französischen Einwände hinsichtlich macht.

Daß Lloyd George alles daran setzt, ein Zerwürfnis mit Frankreich und damit ein Auseinanderfallen der Konferenz zu verhüten, ist bekannt. Und offenbar hat Lloyd George nur, weil er so denkt und fühlt, dem neuen Kompromiß zugestimmt, obwohl er ja am besten weiß, daß die Protestnote Frankreichs und das ganze, von Poincaré aus Paris telephonisch befohlene Vorgehen der französischen Delegation eine Ungeheuerlichkeit darstellt. Barthou, der ja selbst anfangs den Zwischenfall als erledigt ansah, ist von Paris aus in einer Weise desavouiert worden, daß die Gerüchte von seiner Abberufung als durchaus glaubhaft erscheinen müssen.

Bei den Beratungen der Entente untereinander aber hat Lloyd George nicht geögert, die Franzosen darauf hinzuweisen, daß eine Zusammenarbeit der Alliierten — eine Zusammenarbeit, auf welche auch England den größten Wert lege — nur möglich sein könne, wenn diese im Sinne einer friedlichen Politik erfolge; trete das Gegenteil ein, so sei zu befürchten, daß ein Zustand ständiger Beunruhigung geschaffen werde. Die englische Regierung müsse sich daher den alten Alliierten gegenüber volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Und in demselben Zusammenhang soll Lloyd George erklärt haben, daß, wenn die Dinge so weitergingen, er dem englischen Volke schon mitteilen werde, wer denn nun eigentlich an diesen ärgerlichen Verschleppungen oder gar an einem Mißerfolg der Konferenz schuld sei.

Inzwischen hat die deutsche Delegation in aller Form in einem Schreiben an den Präsidenten der Konferenz den Sach Einspruch erhoben gegen die Beleidigungen, die sich

Frankreich in der Protestnote Deutschland gegenüber geleistet hat.

Wie die Entwicklung der nächsten Tage sein wird, vermag niemand zu sagen. Frankreich ist als der Störenfried der Konferenz stigmatisiert worden. Und wenn auch die konservativen Blätter Londons in der Frage des deutsch-russischen Vertrages den französischen Standpunkt im wesentlichen billigen, so ist es vor allem der alte Deutschenhaß, der bei einer solchen Stellungnahme mitwirkt. Lloyd George und den übrigen Mitgliedern der englischen Delegation wird es nicht schwer fallen, der großen Mehrheit der britischen Bevölkerung nachzuweisen, daß Frankreich es ist, welches diesen ganzen Zwischenfall über Gebühr aufbauscht, und daß Frankreich es ist, welches aus den Gedankengängen eines imperialistischen Machtwahns heraus den Friedenszustand und damit die Wiedergesundung Europas immer wieder gefährdet!

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz von Genua.

Die Erwiderung der Ententen.

Am Sonntag nachmittag ging der deutschen Delegation die folgende Erwiderung der großen und kleinen Entente zu:

Herr Präsident! Die Unterzeichneten bestätigen den Empfang Ihrer Antwort auf die Note vom 18. April, worin Ihnen von dem Standpunkt Kenntnis gegeben wurde, zu dem sie sich gegenüber dem Vertrag zwischen der russischen und der deutschen Delegation gezwungen gesehen haben. Sie stellen mit Genugtuung fest, daß die deutsche Delegation der Tatsache Rechnung trägt, daß der Abschluß eines Sondervertrages mit Rußland über zum Tätigkeitsgebiet der Konferenz gehörenden Fragen, es unerwünscht macht, daß diese Delegation weiter an der Erörterung der Bedingungen eines Abkommens zwischen Rußland und den verschiedenen, auf der Konferenz vertretenen Ländern teilnimmt. Die Unterzeichneten würden es vorgezogen haben, von jeder Fortsetzung des Schriftwechsels über diese Angelegenheit abzusehen. Ihr Brief enthält jedoch gewisse Behauptungen, zu deren Klärung sie sich verpflichtet sehen.

Nach Ihrem Schreiben hat sich die deutsche Delegation zum Abschluß gezwungen gesehen, weil Mitglieder der Delegation der einladenden Mächte die Prüfung großer Schwierigkeiten abgelehnt hätten, welche die von ihren Sachverständigen in London aufgestellten Vorschläge für Deutschland geschaffen haben würden. Die unterzeichneten Vertreter der einladenden Mächte haben bei den Mitgliedern ihrer Delegation Nachforschungen angestellt und haben festgestellt, daß nicht der Schatz eines Beweises für diese Behauptung vorliegt. Die Mitglieder der deutschen Delegation haben sich zu wiederholten Malen mit Mitgliedern der Delegationen der einladenden Mächte getroffen und unterhalten. Sie haben jedoch niemals zu verstehen gegeben, daß die Londoner Vorschläge keine geeignete Basis für die Kommissionsberatungen seien und daß die deutsche Delegation im Begriffe stehe, mit Rußland einen Sondervertrag abzuschließen. Die Behauptung, daß die offiziellen Verhandlungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden der Delegation der Gefahr ausgesetzt hätte, sich einem für Deutschland unannehmbaren und von der Mehrheit der Mitglieder der Kommission bereits gebilligten Entwurf gegenüber zu sehen, ist gleichfalls unbegründet. Kein Entwurf wäre von der Kommission angenommen worden oder hätte von ihr angenommen werden können, ohne die volle Möglichkeit der Erörterung in den zuständigen Kommissionen und Unterkommissionen zu geben und in diesen Kommissionen und Unterkommissionen war Deutschland auf der Basis der Gleichberechtigung mit den anderen Mächten vertreten.

Ein Irrtum über die Tragweite der Sachverständigenvorschläge oder eine falsche Auslegung der offiziellen Unterhaltungen mit den Russen hätte wohl das Verlangen nach einer eingehenden Erörterung in den Kommissionen der Konferenz rechtfertigen können. Dagegen können sie in keiner Weise das verfolgte Verfahren rechtfertigen und die Unterzeichneten können nur bedauern, daß Ihre Note den Versuch macht, auf diese Weise die Verantwortung für ein Verfahren, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Geist lokaler Zusammenarbeit so sehr in Widerspruch steht, anderen Mächten zuzuschreiben. Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden würden.

Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden. Genehmigen Sie usw.

Zu der neuen in Genua überreichten Note erfährt Wolffs Tel.-Büro von zuständiger Seite:

Es ist offenkundig, daß es sich angesichts der von der Ententelegation bis jetzt ausgegebenen Presseparolen bei der Note um ein Kompromiß handelt zwischen den Mächten, die im Interesse Europas eine Fortdauer der Konferenz wünschen, um solchen die ihre eigenen Ansprüche über die der Allgemeinheit stellen. Sicher ist, daß die Note das Bedürfnis der übergroßen Mehrheit der in der Konferenz vertretenen Mächte

zum Ausdruck bringt, endlich einmal diesen oder weitere künftige Zwischenfälle zu Ende zu bringen. Die darauf gerichteten englischen und italienischen Strömungen sind nur zu klar. Deshalb und angesichts des Unterschieds des Inhalts der vorliegenden Note zu früher langierten Pressestellen, hält es die deutsche Delegation für falsch, die Diskussion durch einen Notenwechsel weiter zu führen. Das wäre Wasser auf die Mühle derjenigen Delegationen, die darauf ausgehen, die Konferenz zu einem Kampffeld politischer Auseinandersetzungen zu machen, statt sie zu positiver Arbeit kommen zu lassen.

Der Inhalt der Note hat der deutschen Delegation diesen Verzicht erleichtert. Die einladenden Mächte gaben auf neue ausdrücklich zu, daß Besprechungen zwischen Mitgliedern anderer Delegationen über die Verhandlungen mit Rußland statigefunden haben. Mehr haben wir nicht behauptet, mehr soll aus dem ausführlichen Bericht über die Unterhaltung mit dem italienischen Gesandten Giannini nicht abgeleitet werden. Weiter bestätigt die Note ausdrücklich, daß unser Verzicht auf die Teilnahme an den Sitzungen der ersten Unterkommission sich lediglich beschränkt auf Verhandlungen, die die anzuknüpfenden Verträge zwischen anderen Regierungen und Rußland zum Gegenstande haben. Unser Interesse hat ihre vertragsmäßige Form bereits gefunden, es die anderen Mächte zu einer ebenso dem Frieden und dem Aufbau dienenden Form gelangen werden, wie wir, bleibt abzuwarten. In der Erklärung der Note, daß die unterzeichneten Mächte, ausdrücklich sich das Recht vorbehalten, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages für null und nichtig anzusehen, die etwa den geltenden Verträgen zuwiderlaufen, ist zu bemerken, daß selbstverständlich die deutsche Delegation, der auch der Justiziar des deutschen auswärtigen Amtes angehört, diese Rechtsfrage sorgfältig vorher geprüft und das Bestehen eines Widerspruchs verneint hat. In demselben Resultat sind die englischen und italienischen Rechtsfachverständigen in Genua gekommen. Der Vorbehalt dürfte sich daher als ein rein formaler Charakterisieren. Nach dieser endgültigen Note stellte sich der Sachverhalt als dahin gehend vor, daß der deutsch-russische Vertrag mit voller Wirksamkeit aufrecht erhalten bleiben soll, daß die deutsche Delegation insoweit an den Beratungen teilnehmen, wie sie in unserer Antwort auf die erste Note der einladenden Mächte umschrieben ist, und daß die bisher angerufenen Rechtsstellen einen Widerspruch zwischen den Verträgen von Rapallo und Versailles nicht haben feststellen können.

Die Note Barthous.
Barthou richtete an den Präsidenten der Konferenz, de facto, folgendes Schreiben:

„Ich habe bis jetzt nur aus den Zeitungen von dem Text des Briefes Kenntnis erhalten, den der deutsche Reichskanzler heute, Samstag, Euer Excellenz übersandt hat. Ich halte es indessen für nötig, Ihnen unverzüglich die ausdrücklichen Vorbehalte zu übermitteln, zu denen ein Aktenstück Anlaß geben muß, das mir unzulässig erscheint, wenn der Text authentisch ist, worauf hier alles hinderte. Die deutschen Delegierten stellen den Vertrag als rechtlich zulässig hin. Die französischen Delegierten sind der Meinung, daß, ohne hier von anderen Verpflichtungen oder Abkommen Deutschlands zu sprechen, dieser Vertrag die Grundzüge von Cannes verletzt hat. Auf der anderen Seite haben die Alliierten festgestellt, daß der deutsch-russische Vertrag den Geist wechselseitigen Vertrauens vertritt, der zur internationalen Zusammenarbeit unerlässlich ist und der die Konferenz zusammengeführt hat. Die Alliierten stimmen darin überein, daß ihre Einigkeit ihnen nicht gestatten dürfte, mit den deutschen Vertretern in der Kommission für die russischen Fragen zusammenzuarbeiten. Die deutsche Note gibt dem Schreiben vom 18. April eine unzulässige Auslegung. Es wäre zwecklos, auf die Einzelheiten der von der deutschen Delegation aufgestellten Behauptungen einzugehen, lägerischer Behauptungen, die durch die offene und lokale Haltung der einladenden Mächte genügend widerlegt werden. Wir sind überzeugt, daß Ew. Excellenz mit mir die Notwendigkeit anerkennen werden, die Haupt der Delegationen, die sich unter Ihrem Vorsitz vereinigt und die Note vom 18. April unterzeichnet haben, zusammenzuberufen, um über die durch die deutsche Note geschaffene Lage zu beraten. Die Beratung muß, um nützlich zu sein, binnen kürzester Frist stattfinden. gez.: Barthou.“

Der Reichskanzler
hat an de facto folgendes Schreiben gerichtet:
„Sehr geehrter Herr Präsident! Es wird der Text eines Schriftstückes in der Öffentlichkeit verbreitet, das der Präsident der französischen Delegation an Sie gerichtet haben soll. In diesem Schreiben wird, wie mir mitgeteilt wird, in bezug auf meinen Brief vom gestrigen Tage die Wendung „allegations mensongères“ (lügenhafte Behauptungen) gebraucht. Sollte dieser Ausdruck wirklich gefallen sein, so sehe ich mich gezwun-

gen, entsetzten Einspruch gegen diesen beleidigenden Ausdruck zu erheben, womit der an einem besonders feierlichen Tag der Konferenz von Ihnen, Herr Präsident, so nachdrücklich betonte und so lakrisch vertretene Geist der Konferenz von Genua auf das schwerste verletzt wird. Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.“

Erklärungen Rathenaus.
Zur Entgegennahme von Erklärungen des Ministers Rathenau hatten sich im Hotel Eden einige hundert Pressevertreter aller Nationalitäten eingefunden. Zahlreich waren auch die englischen, italienischen und französischen Pressevertreter erschienen. Rathenau erklärte:

„Ich lege Wert darauf, die Antwort auf das Schreiben der Alliierten Ihnen sofort in dem Augenblick bekanntzugeben, wo sie offiziell dem Vorsitzenden der italienischen Abordnung übergeben wird. Es lagen in den letzten Tagen eine Reihe von Entwürfen vor, die verschiedener Fassung waren. Ich habe mich nun entschlossen, von allen Entwürfen denjenigen zu wählen, der in Form und Inhalt der absolut verlässlichste war, und zwar ganz besonders deswegen, weil die im Laufe der letzten Tage zwischen uns und den anderen Delegationen stattgefundenen Besprechungen uns den Eindruck geben, daß es wünschenswert wäre, daß Deutschland durch eine breite Seite der Verantwortlichkeit zur Wiederherstellung der friedlichen Atmosphäre in Genua sein Möglichstes beitrage. Der Tenor des letzten Entwurfes ist weiter im Sinne der Vermittlung jedes polemischen Inhalts abgeändert worden. Als uns von den anderen Staaten erklärt wurde, daß der Zwischenfall als beleidigend anzusehen war, kamen wir nicht mehr darauf zurück. Das von Deutschland und Rußland abgeschlossene Abkommen drückt nichts weiter als den Geist wechselseitiger Friedfertigkeit aus. Ich kann nur betonen, daß die deutsche Delegation nicht die Absicht hat, irgendwelche Sonderpolitik innerhalb der Konferenz zu treiben, sondern nur den Wunsch hegt, in aufrichtiger Zusammenarbeit an die Grundzüge der Konferenz zu gehen.“

Zu aufrichtigem Dank bin ich der italienischen Abordnung dafür verpflichtet, daß sie in dieser schönen Stadt die größte aller bisherigen Konferenzen organisiert. Jede Schwierigkeit ist gelöst worden, sobald sie eine italienische Hand berührte. Entschieden wende ich mich gegen Gerüchte von irgendwelchen Bestimmungen innerhalb der deutschen Delegation. Ich bin im Namen meiner Kollegen zu der Versicherung ermächtigt, daß nach wie vor innerhalb der deutschen Delegation vollkommene Einmütigkeit und herzlichste Gemeinschaft besteht. Ich wünsche, daß die Arbeiten der Konferenz einen ungehinderten Fortgang nehmen. Sie haben vielversprechend angefangen und sind von einem europäischen Geiste getragen. Deutschland wird alles dazu beitragen, was in seiner Kraft steht, um der Konferenz von Genua zum Erfolg zu verhelfen und abermals mitzuwirken, daß eine große historische Tat auf historischem Boden vollendet wird.“

Die Sitzung der Alliierten.
Über die Sitzung der Alliierten vom Samstag berichtet der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus Genua unterm 22:

Nachdem Lloyd George den deutsch-russischen Zwischenfall am Donnerstag für geschlossen erklärt hat und das zweifelslos auch die Auffassung aller übrigen auf der Konferenz vertretenen Staaten mit Ausnahme Frankreichs gewesen ist, hat der heutige Brief Barthous an Facta wieder eine neue Lage geschaffen.

Es wird hier in gutunterrichteten ausländischen Kreisen übereinstimmend angenommen, daß Herrn Barthou bei diesem Schritt nicht sehr wohl gewesen sei und daß er ihn nur auf direkte Anweisung von Paris aus unternommen habe, von wo eine Bombe wie die jetzt gegen die Konferenz geworfene schon seit Donnerstag mit wachsender Bestimmtheit erwartet worden ist. Die deutsche Delegation hat zu diesem Brief Barthous offiziell noch keine Stellung genommen, weil er ihr erst sehr spät und nicht offiziell bekannt geworden ist. In der achten Abendstunde hat Dr. Rathenau den italienischen Außenminister Schanzer aufgesucht und zunächst einmal den amtlichen Tatbestand festgelegt.

Dagegen hat die von Barthou geforderte Zusammenkunft der Delegationschefs, die die alliierte Note an Deutschland unterschrieben hatten, heute nachmittag stattgefunden. Barthou hat in dieser Sitzung sehr scharf die Auffassung vertreten, daß die deutsche Antwort nicht genügend sei, weil diejenigen Punkte, auf deren Mitberaterung die Deutschen verzichtet hätten, das von der alliierten Note geforderte Abscheiden Deutschlands von der Teilnahme der Beratungen mit Rußland nicht völlig bedekten. Lloyd George hat mit ziemlich scharfer Schärfe erwidert. Er nannte die deutsche Antwort ehrlich, verständlich — honest, conciliatory —, dre letzte Teil der deutschen Antwort sei in

der Substanz eine vollständige Annahme der einen der beiden Forderungen der Alliierten. Einen Unterschied, wie Herr Barthou ihn konstruierte, könne er nicht finden. Wenn die Deutschen ausgeschlossen würden von der Erörterung von Fragen, die durch den deutsch-russischen Vertrag gebildet würden, dann müsse Herr Barthou ihnen sagen, was für andere wichtige Fragen, die im deutsch-russischen Vertrage nicht enthalten wären, denn noch aufgeworfen werden könnten, Herr Barthou gab hierauf keine Antwort. Die Anwesenden einigten sich schließlich auf einen einstimmigen Beschluß, daß auf die deutsche Note noch keine Antwort gegeben werden solle, die die Annahme Ausdruck gibt, daß die deutsche Einwilligung sich völlig mit dem bede, was die alliierte Note vom 18. beabsichtigte. Der Wortlaut dieser neuen Antwort soll am Sonntag in einer neuen Sitzung der alliierten Delegationsführer vorgelegt und beschlossen werden. Inzwischen war damit die Sitzung noch nicht zu Ende. Denn, als nun Herr Barthou die Note der Russen und seine Einwände dagegen zur Sprache brachte, kam es zu einer sehr scharfen Entgegnung des britischen Premierministers. Er verurteilte, erklärte Lloyd George, sei darauf bedacht, das Wert der Konferenz fortzusetzen. Aber die Konferenz gehe dauernd durch neue Krisen, eine neue Krise gebe es jeden Tag. Er habe zu sagen, daß, wenn das andauere, er selbst und die britische Delegation dem britischen Reich und der Welt klar legen werden, was diese einblösen Krisen verursache und wer sie verursache.

Diese Worte waren deutsch. Sie beleuchten den wahren Stand der Lage, und die Frage ist jetzt, wie die neue alliierte Antwort an uns endgültig abgefaßt werden wird. Daß der Verkehr auf der Konferenz sich in fortgesetzten Notenüberreichungen vollzieht, ist gewiß nicht fördernd und nicht erfreulich, und man weiß nicht, ob Paris noch einen neuen Vorstoß machen wird, oder ob, wie heute unterrichtete Engländer meinen, die Krise wirklich als erledigt angesehen werden kann.

In der gestrigen Sitzung der Delegierten der Großen und der Kleinen Entente erklärte Lloyd George u. a.:

Großbritannien ist bereit, mit den ehemaligen Alliierten zusammenzuarbeiten, soweit sie zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes bereit sind. Wenn jedoch in Europa ein Zustand unangefehrter Kämpfe fortgesetzt werden sollte, würde die durch viele Ereignisse der letzten Zeit beunruhigte öffentliche Meinung Großbritanniens ihre Regierung veranlassen, die Haltung gegenüber seinen Verbündeten einer genaueren Prüfung zu unterziehen. England ist mit allen für die Verständigung, aber mit niemandem für neue Kriege.

Zu den Verhandlungen zwischen der Entente und Rußland.

Das am 15. April von Lloyd George der russischen Delegation übergebene Aide-Memoire, dessen Kenntnis für das Verständnis der neuesten Phase der Verhandlungen zwischen den Alliierten und den Sowjetvertretern wichtig ist, hat folgenden Inhalt:

1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab.

2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands sind die alliierten Regierungen bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen, später zu vereinbarenden Höhe abzuschreiben und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen.

3. Der Sowjetregierung kann in folgenden Punkten nicht entgegengekommen werden:

- a) hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat;
- b) hinsichtlich des Rechtes solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

In der Samstagssitzung des Finanzausschusses erklärte der französische Delegierte Seydour, er könne die Besprechung des russischen Memorials nicht zulassen, da er sonst die Sitzung verlassen müßte. Darauf wurde die Sitzung verlagert.

Eine Sabasmeldung besagt: Zufolge den Anweisungen Barthous haben Seydour und die französischen Mitarbeiter sowie die Sachverständigen der Unterkommission für die russischen Angelegenheiten die Sitzung verlassen. Ihnen schlossen sich die Vertreter Japans an. Darauf erklärten die Russen, daß sie ihr Memorandum preisgeben. (Es handelt sich hier um eine unverbindliche Denkschrift der Russen gegen die Bedingungen der Londoner Sachverständigen; Red.)

Schweden und der Vertrag von Rapallo.
Das Organ der Regierung Branting, „Socialdemokraten“, schreibt:

Valuta-Osterfahrt.

Von einem Beobachter an der Grenze.

Ostersonntag in Konstanz. Die Abendzüge bringen viele Gäste. Im überfüllten Hotel erfahre ich, es seien Fußballspieler aus der Schweiz gekommen, die am Ostermontag und am Montag in Konstanz Wettkämpfe ausfechten wollen. Von Basel und von der Südschweiz waren, wie aus der Zeitung zu lesen ist, die Spielverbände gekommen. Ihr Anhang — weiblicher und männlicher — war nicht gering. Im für deutsche Verhältnisse teuren Konstanz lebt sich mit dem Fränkli halt doch so billig.

Ostersonntag. Über dem Bodensee treiben schwere, schwarze Wolken. Gleichwohl füllt sich der um 9.50 Uhr früh nach Friedrichshafen und Lindau abgehende Dampfer stark mit Passagieren. Es wird viel schweizer Dialekt gesprochen. Neben dem Schalter des Schiffsläfers vernehme ich zufällig, daß ein Jahrgang den Fahrkartenkontrolleur fragt, wie man es in Lindau anstellen müsse, um sein nur für den kleinen Grenzverkehr ausgefertigtes Visum für eine Reise nach München umgeschrieben zu erhalten. Der Kontrolleur gibt auch entsprechende Auskunft, von welcher er allerdings sagt, nicht zu wissen, ob dieselbe absolut zum Ziele führe. Nicht lange dauert es, da hör ich, wie ein zweiter, ein dritter, ein vierter Jahrgang nach gleicher Auskunft sucht.

Lindau am See. Im Schnellzug nach München hört man unterm Reisepublikum wiederum viel schweizer Dialekt. Ein Jahrgang erzählt dem andern, ursprünglich die Absicht gehabt zu haben, in Konstanz den Fußballwettkämpfen beizuwohnen. Nun aber die besten Mannschaften von Basel und von Genf am Ostermontag in München ein Haupttreffen haben, wolle er dem Spiel in München beimohnen. Ein Reisewisum nach München habe er zwar nicht, doch.

Ostersonntag im Hauptbahnhof München. Der um 5.06 Uhr nachmittags über Stuttgart nach dem Rheinland abgehende Schnellzug ist überfüllt. In den 1. Klasse Wagen zweiter und erster Klasse kaum mehr ein Platz zu finden. 8 Minuten vor Abgang des Zuges kommt eine größere Gesellschaft jüngerer Herren, in ihrer Begleitung eine Anzahl feiner Damen. Als sie die gepolsterten Plätze besetzt fanden, ziehen sie Platzkarten hervor und fordern Räumung der Plätze. Schweizer Fußballmänner sind es; in feuchtschweißiger Stimmung nutzen sie ihre Zeit bis kurz vor Abgang des Zu-

ges. Laut gestikulierend meint einer von diesen, er habe am vorigen Sonntag in Berlin auch von seinem bereits eingenommenen Platz weichen müssen, weil er übersehen gehabt, sich einen Platz im voraus zu bestellen. Das habe er sich gemerkt.

Die Berliner Mode der Platzbestellung war bisher in den süddeutschen Ausgangsstationen höchst selten geübt worden. Freiwillig räumte infolge dessen niemand seinen Platz. Es kam der Fußgänger, der Schaffner und siehe da, in den Kupes 1. Klasse nahmen holländische Reisegesellschaften Platz und in jenen 2. Klasse nahmen Frauen mit ihren Kindern, ebenso wie die Männer sich nacheinander erheben und das Gepäck entfernen. Auf dem Polster saßen jetzt die Schweizer Gäste gemächlich, teilweise auch in recht lauter Unterhaltung. Draußen in den Gängen aber, wie die Heringe aneinandergepackt, standen die „Schwaben“ in ohnmächtiger Wut.

Einer der Fußballmänner meinte schließlich in einer Art Beschämung, man habe sie, die Weltspieler, nach München geholt und sie mühten sich in der Nacht über Stuttgart und Bruchsal, um den Anschluss an den Basler Zug zu bekommen. Einige hätten es besonders eilig, denn diese sollten noch vor Ablauf der zweiten Feiertagsmitternachtsstunde die Schweizer Grenze wieder passieren, weil sie nur ein Visum für die zwei Osterfeiertage hätten.

„Oh es bedarf keiner Entschuldigung“, sagte ich im Galgenhumor, „die Valuta ist es, die Euch freie Männer von Uri und Schwyz jeden Sonntag nach Deutschland kommen läßt. Uns aber schadet es nichts, immer wieder demonstriert zu bekommen, wie elend wir den Krieg verloren.“

Aus Konstanz wurde vor einigen Tagen gemeldet: Einige Schweizer, die verspätet nach der Schweiz zurückkehren wollten, die Grenze aber geschlossen fanden und so hier übernachten mußten, wurden von der Hotelkontrolle betroffen. Dabei stellte sich heraus, daß sie den zur Reise erlaubten Bezirk des kleinen Grenzverkehrs überschritten hätten. Jeder einzelne erhielt eine Strafe von 2000 Mark.

Das Rheinische Streich-Quartett.

Ein guter Ruf geht dem aus den Herren Gumpert, Heimbach, Wormitz und Barth bestehenden Rheinischen Streich-Quartett voraus, das sich vergangene Freitag erstmals in Karlsruhe vor einer sehr zahlrei-

chen Zuhörerschaft im kleinen Festhalleaal hören ließ. Die Vortragsfolge umfaßte Schuberts a-moll-Quartett, Brahms' H-dur-Trio und Smetanas e-moll-Quartett: „Aus meinem Leben“, lauter erlesene Stücke bester Kammermusik. Der Klavierpart im Brahms'schen Trio lag in Händen der Pianistin Ely H. Barth-Baum. Von einigen verschwommenen Klängen abgesehen, die offenbar unrichtigem Bedalgebrauch zuzuschreiben sind und abgesehen von einigen Unstimmigkeiten beim Cello im 1. Satz wirkte ein glücklicher Genius über dem Zusammenspiel der Künstler. Einheitslich in Tonstärke und Akkordumfloß die Töne in schönen Linien zu harmonischen Klangbildern zusammen, die ihren Bauern auf die Hörer nicht verfehlten. Auch die Streichquartette wurden, von dem energischen Kräftegeber sicher geführt, mit musikalischer Berbe und frischem Temperament erfaßt. Die Schubertschen Melodien blühten in lippriger Schönheit auf, sanft überschattet von einem Hauch edler Schwermut. Bei Smetana war es ein heftiges Stürmen und Drängen einer sich den Freuden des Daseins hingebenden Jugend, bis das Schicksal mit rauher Hand hineingreift. Die Künstler wurden mit stürmischem Beifall bedacht.

„Deutsche Festspielstiftung Bayreuth.“ Von der Zentralleitung des Allg. Richard Wagner-Vereins in Leipzig, als dem Verbandsorgan für die „Deutsche Festspielstiftung Bayreuth“ wird uns mitgeteilt, daß zur Förderung der Wiederaufnahme der „Wagner'schen Festspiele“ — vornehmlich im Sommer 1923 — bisher schon über 3000 Patrone sich gemeldet und die vorgezeichnete Verpflichtung übernommen haben — die seinerzeit als Mindestgarantie ins Auge gefaßte Summe von 3 Millionen Mark also erreicht ist.

Da mehr als 3500 Patronatscheine keinesfalls ausgegeben werden können, wird jeder Freund und Anhänger des Wagner'schen Kunstideales gut daran tun, sich das Anrecht auf 4 Plätze für jede Spielzeit durch Erwerbung eines Patronatscheines zu sichern und sich dieserhalb an die Zentralleitung des Allg. Richard Wagner-Vereins, Leipzig, Dörrienstr. 18, unverzüglich zu wenden. — Auskunft und Druckfachen stehen bei den heiligen Ortsvertretern Kammermusiker A. Klebe, Kaiserallee 77a und der Geschäftsstelle Südd. Disconto-Ges. K.G., Filiale Karlsruhe, auf Wunsch zur Verfügung.

Eine kaltsblütige Nachprüfung der tatsächlichen Lage ergibt ohne weiteres, daß hier durchaus reale Faktoren zusammenwirken. Es geht nicht an, ins Unendliche eine Erpresserpolitik fortzusetzen, ohne schließlich die Opfer dahin zu bringen, daß sie der Erpressung einen Gegendruck entgegenstellen, um dem Schicksal zu entgehen, in Wirtschaftskolonien der Erpresser umgewandelt zu werden. Auch die Schwäche hat ihre Stärke, besonders wenn die Starke sich nicht helfen können ohne die Schwachen, noch mehr aber, wenn die Starke gänzlich beraubt, die Schwachen zu beherrschen; am allermeisten aber dann, wenn die Starke in übermütiger Überhöhung ihrer Stärke sich so aufführt, daß sie die Schwachen zu einer Einheit gemeinsamer Verteidigung gegen drohende Übergriffe zwingt. Wenn die Starke wirklich so stark wäre, wie sie sich den Anschein geben möchte, dann könnten sie ja jetzt ihre starke Einheitsfront bilden gegen den Zusammenschluß der Schwachen; aber trotz ihrer mannhaften Recken haben sie doch keine Neigung zu heroischen Maßnahmen. Die „guten Dufel“ kennen ihre schwachen Punkte sehr wohl und deshalb sieht man tatsächlich Herrn Voicardé schon einschleichen in die „moderate Linke“ und Herrn Lloyd George einen Ausweg aus der fatalen Lage suchen, die dadurch entstanden ist, daß sich die Schwachen endlich zur Wehr gesetzt haben. Von dem Vertrag von Rapallo wird man nicht mehr abkommen. Durch ihn wurde vor allem der Grundriß in die erste Linie gestellt, der von den organisierten Arbeitern Europas anerkannt wird; Weg mit der ruinierenden Erpressung von Kriegsschadungen! Setzt die Kräfte ein für neue Perspektiven im internationalen Zusammengehen! In diesem Prinzip müssen sich die großen und kleinen Potentaten, die es angeht, künftig finden; sonst mögen sie versuchen, das Risiko auf sich zu nehmen, Europa in zwei große Lager zu spalten: in das Lager der Ausbeutung und in das Lager derjenigen, die sich gegen die Ausbeutung wehren, wenn sie können.

Vorbereitung der industriellen Mobilisierung in Frankreich.
Die „Frankf. Ztg.“ berichtet unterm 22. aus Paris: Die „Humanité“ brachte dieser Tage die Aufsehen erregende Meldung, daß die Industrie von zukünftiger Stelle die Ordnung erhalten habe, sich zu einer eventuellen Mobilisierung bereit zu halten. An der Annahme, daß das Blatt einer Mystifikation zum Opfer gefallen sei, haben wir bisher von einer Wiederholung dieser alarmierenden Nachricht Abstand genommen. Da wider Erwarten bisher aber keinerlei Dementi erfolgt ist, glauben wir, sie der deutschen Öffentlichkeit nicht länger vorzuenthalten zu dürfen, umso mehr, als sie in einer vom „Deutsche“ gestern gebrauchten Meldung, daß der französische Generalstab an der Vorbereitung des Einmarsches in das Ruhrgebiet arbeite, eine gewisse Bestätigung findet. Die Mitteilung der „Humanité“ lautet:

„Von absolut zuverlässiger Seite erfahren wir, daß General Paheur, Direktor der Abteilung für die Herstellung von Kriegsmaterial, in den allerjüngsten Tagen an die Betriebe, die während des Krieges für die Armee gearbeitet haben, scheinbare Instruktionen hat ergehen lassen, aus denen deutlich hervorgeht, daß die französische Regierung die industrielle Mobilisierung für einen sehr nahen Zeitpunkt vorbereitet. Die Munitionsmengen, deren Bestellung für diesen Fall in Aussicht genommen ist, sind außergewöhnlich groß. Sie übersteigen für einzelne Betriebe die Produktion des Jahres 1918. So hat eine Fabrik im Südoften, die bis zum Waffenstillstand täglich 8000 Granaten von 105 Millimeter herstellte, Ordnung erhalten, sich auf eine Produktion von 5000 Stück täglich einzustellen. — Wir befürchten keinerlei Dementi unserer Mitteilung. General Paheur unterstreicht in seiner Instruktion die Notwendigkeit, schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen für die größtmögliche Steigerung der Produktion und er verlangt, daß ohne Verzug das benötigte technische Personal bereitgehalten werde.“

Wie der „Matin“ mitteilt, wird Kriegsminister Maginot in Begleitung des belgischen Kriegsministers Debeze in der kommenden Woche eine Inspektionsreise in die Rheinlande unternehmen.

Die Freiheit des internationalen Handels.
In der letzten Sitzung des ersten wirtschaftlichen Interzessionsausschusses führte Reichswirtschaftsminister Schmidt aus: Soweit die Vorschläge sich gegen das Dumping richten, das heißt gegen einen Export zu Preisen, die unter den Herstellungskosten des ausführenden Landes bleiben, erklärt er sein Einverständnis zur Frage der handelspolitischen Annäherung der Völker. Weiter erklärte der Minister, die eigentlichen Schwierigkeiten des internationalen Warenverkehrs liegen in den vielfachen Zoll-, Transport- und Währungserschwerungen infolge des Krieges. Bei aller Achtung vor den neuen staatlichen Souveränitäten dürfe die natürliche Wirtschaftszusammengehörigkeit großer Gebiete nicht vernachlässigt werden. Entscheidend aber sei die Möglichkeit, für alle Staaten Westbündnisverträge abzuschließen; der unwürdige Zustand dürfe nicht länger dauern, daß einige Staaten, voran Deutschland, zur unerschöpflichen Gewährung dieses Rechtes gezwungen seien, ohne ihrerseits von der Gegenseite die gleiche Begünstigung haben zu dürfen. Außerdem berührte der Minister die Einfuhr- und Ausfuhrverbote und das internationale Fremdenrecht.

Der russische Krassin erklärte, daß Rußland vorläufig an der Aufrechterhaltung der Einfuhrverbote festhalten müsse. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten das Monometrische Gleichgewicht zwischen den Staaten und die Festlegung der Währungen bewirkt habe, könne man in Europa von Handelsfreiheit reden. Besonders für Rußland komme in Betracht, daß unter einem auf dem Sozialismus zugeschnittenen Wirtschaftssystem die staatliche Regelung des Außenhandels neben der Regelung der Produktion und des Binnenhandels unentbehrlich sei. Es handle sich nicht um unfruchtliche kriegsrechtliche Maßnahmen, sondern um Schutzmaßnahmen, um der Gefahr auszuweichen, in eine Kolonie verwandelt zu werden. Krassin forderte schließlich noch eine systematische Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder.

Der italienische Handelsminister Nitti legte dar, daß die Staaten berechtigt seien, sich gegenüber Gütern zu schützen, deren Auslandspreis unter den Herstellungskosten steht, gegen das sogenannte Dumping. In Zweifelsfällen sei das internationale Schiedsgericht im Haag anzurufen.

Ein Abkommen zwischen Rußland und dem Vatikan.
Wie verlautet, ist vor drei Tagen zwischen dem Vatikan und der Sowjetregierung ein Abkommen geschlossen worden, das den Schutz der Katholiken in Rußland regelt und den Vatikan ermächtigt, Jesuiten, Franziskaner und Nonnen nach Rußland zu schicken, um den katholischen Kult in Sowjetrußland zu pflegen. Der Vertrag bedarf noch der Genehmigung der Moskauer Regierung.

Der Besuch des italienischen Königs.
Der italienische König ist am Samstag vormittag 8 Uhr 30 Minuten an Bord des Panzerkreuzers „Conte di Cavour“ im Hafen von Genua angekommen. Um 12 Uhr 30 Minuten kam der König an Bord des Panzerkreuzers „Dante Alighieri“ zu Ehren der Führer der hier ankommenden Delegationen ein.

Der deutsche Delegation waren Reichskanzler Dr. Brüning, die Minister Rathenau, Vermeir und Schmidt und der Präsident des Reichsbanddirektoriums Papenhausen erschie-

nen. Die russische Delegation wurde durch Schützherin und Krassin vertreten. Während des Essens sah der italienische König zwischen Lloyd George und Barthou.

Die Hilfe für Österreich.
Eine von den Alliierten anberaumte Versammlung der Gläubigerstaaten Österreichs kam auf Vorschlag des italienischen Vertreters Schonger überein, Österreich alle Schulden für die Wiedergutmachung und Lebensmittellieferungen der Nachkriegszeit zu stunden und für diese Zeit den österreichischen Staat auch von jeder Hypothek zu befreien, um ihm eine umfassende Aufnahme von Krediten zu ermöglichen.

Zum Problem der internationalen Anleihe
schreibt die „Frankf. Ztg.“:

Die Reparationskommission hat am 18. April offiziell mitgeteilt, daß nunmehr das Problem der internationalen Anleihe für Deutschland zum Zweck der Reparationszahlungen von einem Gremium von Sachverständigen, unter denen sich von deutscher Seite der frühere Staatssekretär Bergmann befindet, in den ersten Monaten in Paris erörtert werden soll. Das ist ein Fortschritt! Der Gedanke der Anleihe hat Wurzel gefaßt, nachdem sich klar erwiesen hat, daß durch Drohnoten, Sanktionen und andere höchst unwirtschaftliche Mittel der Gläubiger nicht zu seinem Gelde und der Schuldner nicht zur erforderlichen Leistungsfähigkeit gelangen kann.

Man will außerdem versuchen, den hauptbeteiligten Kreditgeber, Amerika, in Gestalt des Bankiers Pierpont Morgan zu den Verhandlungen heranzuziehen. Man kann also erwarten, daß man in diesem Ausmaß nicht um die Dinge herum, sondern von der ganz klaren Wirklichkeit reden wird, daß nämlich unter dem Generalplan des Versailler Friedensvertrages für Deutschland keine internationale Anleihe aufzubringen ist, wie die Bank von England und andere Finanziers verschiedentlich haben. Durch die Notwendigkeit schleuniger Regelung und infolge des nicht gerade übermäßigen Kapitalverkehrs der heutigen Weltwirtschaft wird sich als erste Aufgabe die Gewährung einer „kleinen“ Anleihe ergeben, die Deutschland die nächsten Reparationsverpflichtungen abnimmt und es dafür zunächst nur mit den Zinsen der Anleihe belässt, während Frankreich in die Lage versetzt wird, das Loch in seinem Budget bis zu einem gewissen Grade zu stopfen.

Die Vorbereitung für jede internationale Anleiheoperation, die ja Vertrauenssache bedeutet, bleibt aber die Befriedigung und Verständigung Europas. Diese herbeizuführen, ist Genua berufen. Von dem Ausgang der Genuaer Konferenz wird Möglichkeit oder Unmöglichkeit der internationalen Anleihe abhängen. Immerhin scheint die Reparationskommission einige Hoffnung zu hegen, da sie den Sachverständigenausschuss schon für den Anfang des nächsten Monats einberufen hat, an welchem Termin die Genuaer Konferenz wahrscheinlich noch nicht beendet sein dürfte. Erst wenn die Aprilkonferenz von Genua bezogen sind, kann im Rat der Nationen ein sinnvolles Arbeiten für die internationale Anleihe anheben: Das wird die Reparationskommission wissen. Daran mögen auch in Genua alle Delegierten denken, für deren Länder diese Finanzierung der deutschen Reparationszahlungen wichtig ist.

Eine Erklärung Bergts.

Der Vorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei, Bergt, erklärte, wie das B. L. B. aus Braunshweig meldet, in einer Rede, daß wenn es wegen des deutsch-russischen Vertrages mit der Entente zu einem Bruch kommen sollte, die deutsch-nationale Volkspartei sich unbedingt hinter die Regierung stellen werde, denn es handle sich um das Recht Deutschlands, das unter allen Umständen verteidigt werden müsse.

Die französischen Greuel im besetzten Gebiet.

In Kaiserslautern hatte ein Viehhändler aus Saarbrücken einen anamitischen Soldaten, der statt in ein Militärabteil in eines für den allgemeinen Teil gestiegen war, durch den Schaffner in ein besonders für Militär vorbestimmtes Abteil weifen lassen. Der farbige sah diesen Vorgang als Beleidigung auf, verlagte den Deutschen bei der Ankunft in Ludwigshafen und verletzte ihn durch einen Schlag auf den Kopf schwer. Das französische Kriegsgericht stellte sich auf dem Standpunkt des Anamiten und sprach ihn frei, weil er „durch den Deutschen zu der Tat gereizt“ worden sei. Wenn ein Zivilist im besetzten Gebiet ein Militärabteil auch nur versehentlich betritt, wird er beunruhigt schwer bestraft.

Kurze polit. Nachrichten.

* Reichspräsident Houghton beim Reichspräsidenten. Reichspräsident Ebert empfing am Samstag den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten Houghton, der sein Begleitungsgeheiß überreichte. Beiderseits wurden von freundschaftlichem Geist getragene Ansprachen gehalten.

Badische Uebersicht.
Vom Landtag.

Unter dieser Überschrift schreibt der badische Mitarbeiter der „Reichsforenspondenz Nord Süd“ aus Karlsruhe: Der badische Landtag nimmt nach der Osterpause am Montag bzw. Dienstag der nächsten Woche seine Arbeit wieder auf. Auch diesmal rechnet man mit einer Session bis mindestens Ende Juli. Die Abgeordneten haben also drei Monats schwerer Arbeit vor sich.

Erledigt werden müssen noch: der Staatsvoranschlag des Justizministeriums, des Kultus- und Unterrichtsministeriums, des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums. Außerdem wird eine Anzahl von Gesetzentwürfen zu verabschieden sein; ganz abgesehen von den Anträgen aus dem Hause selbst, die ja auch beraten und erledigt werden müssen. Jedenfalls wird der badische Landtag für die nächsten Wochen unter einem Hochdruck von Arbeit stehen.

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern ist noch vor der Osterpause erledigt worden. Als nächstes kommt jetzt das Justizministerium an die Reihe. Die Beratung wird deshalb besonders interessant sein, weil eine ganze Reihe von Reformen besprochen werden soll. Die Zulassung der Frauen zum Justizdienst, für die sich bekanntlich der Reichstag kürzlich entschieden hat, die Reform des Strafprozesses, die Reform der Ehegerichtsbarkeit, die Zusammenfassung der Gewerbe- und Kauf-

mannsgerichte zu Arbeitsgerichten, die dann an die Amtsgerichte angegliedert werden sollen, die Vorbildung zum Rechtsstudium: alle diese Fragen und wohl noch manche andere werden den Landtag zu beschäftigen haben.

Bei der Beratung des Voranschlags für das Kultus- und Unterrichtsministerium wird wohl die Frage der künftigen Fortbildung der Lehrer das Hauptinteresse beanspruchen. Die Regierung hat dem Landtag eine Denkschrift unterbreitet, die eine gute Grundlage für die Diskussion abgeben wird. Ferner wird die Schulreform als solche, die Frage des Überflusses an Schulkandidaten und Behramtspraktikanten, die Frage der Umgestaltung der Gymnasien, der Einführung der ungeteilten Unterrichtszeit in den Volksschulen erörtert werden. Aber auch über die Einwirkung des Verteilungsgesetzes auf das Schulwesen der Städte wird debattiert werden. Und schließlich wird das neue Lesebuch und die Reformierung des Lehrplans die Gemüter beschäftigen, und zwar nicht nur innerhalb des Parlamentes. Rechnet man dazu noch die Fragen der Kunst und des Theaterwesens, so erhellt, daß auch die Beratung des Voranschlags dieses Ministeriums viel Fleiß in Anspruch nehmen wird.

Beim Voranschlag des Finanzministeriums wird vor allem die Finanznot des Reiches, der Länder und Gemeinden eingehend besprochen werden. Hoffentlich hat bis dahin die Konferenz von Genua ein Ergebnis erzielt und eine Auswirkung genommen, die es uns gestattet, wenigstens noch mit einiger Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. Ist doch die Lage unseres Vaterlandes, vom finanzpolitischen Standpunkt aus gesehen, zur Zeit so traurig und so ernst wie nur irgend möglich.

Auch der Voranschlag des Arbeitsministeriums ist recht umfangreich. Wohnungsfrage, Siedelungswesen, Elektrizitätsversorgung, Soziale Versicherung usw.: das alles sind, zumal am 1. Juli das Reichsmietengesetz in Kraft tritt, Dinge, die auch im Parlament lebhaft debattiert werden dürften.

„Das Volk will endlich Taten sehen.“

In diese Forderung sagt der „Reisendengänger“ seine Antwort auf unsere Charakterisierung seines Ozeartikels zusammen, in welchem er die Behauptung aufstellte, die Regierung sehe der fortschreitenden Auswucherung des Volkes mit verwehrten Armen zu. Den Beweis für diese Behauptung ist der „Reisendengänger“ auch in seinem zweiten Artikel schuldig geblieben. Dagegen versucht er aus unserem Hinweis darauf, daß es den bedauerlichen Auswüchsen unserer Volkswirtschaft gegenüber keine Maßnahmen gibt, die von den Regierungen nur ergriffen zu werden brauchen, um eine Gesundung herbeizuführen, Kapital zu schlagen. Der „R.-A.“ konstruiert nämlich aus unserer Antwort, „deutlich könne eine Regierung den Wucherern usw. nicht zu verwehren geben, daß sie freie Wirtschaft haben“, wobei er an dem eigentlichen Sinn unserer Antwort vorbeigeht. Denn der Kernpunkt lag doch darin, zu zeigen, wie töricht es ist, zuerst nach der freien Wirtschaft zu streben und dann, wenn die Fesseln der Zwangswirtschaft gefallen und sich die Folgeerscheinungen in aller Kraft einstellen, nach Regierungshilfe zu rufen. Dieser Hilfe sind nun einmal unter der freien Wirtschaft Grenzen gesetzt und selbst innerhalb dieser Grenzen kann eine wesentliche Abhilfe gegenüber den schlimmsten Missetatenden nur unter der Voraussetzung erreicht werden, daß alle anständigen Kreise den Kampf der Regierung gegen das Schieber- und Wuchertum mit allen Mitteln und Kräften unterstützen.

Der „Reisendengänger“ gibt zu, daß er stets mit Nachdruck für Abschaffung der Zwangswirtschaft eingetreten sei, daß er aber ebensoviele auf die Schaffung von Kartellen gegen die Auswüchse der freien Wirtschaft insbesondere in der Übergangszeit gedrungen habe. Solche Kartellen sieht er in der „Erlassung drakonischer Strafbestimmungen gegen Wucherer, Schieber und Schleichhändler“. Auf seine Frage: Wo sind diese geblieben? wollen wir dem „Reisendengänger“ nur das eine antworten: Wenn man derart emphatische, um nicht zu sagen, heurnruhigende, Artikel schreibt, ohne sich mit der Materie auch nur entfernt befaßt zu haben, so handelt man zum mindesten fahrlässig, wo nicht unverantwortlich. Denn hätte sich der „R.-A.“ ein wenig sachlich umgesehen, so wüßte er, daß Reich und Länder gegen die „Auswüchse der freien Wirtschaft“ Verordnungen usw. erlassen haben, mit deren Energie und Schärfe selbst der „R.-A.“ zufrieden sein dürfte. Es besteht zwar noch kein Gesetz, das dem Wucherer die Todesstrafe bestimmt, wohl aber kommen seit 1919 gesetzliche Bestimmungen zur Durchführung, nach denen Wucherer usw. mit Zuchthaus und Arbeitshaus bestraft, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Polizeiaussicht gegen sie ausgesprochen werden kann; seit 1920, wo eine Verschärfung der ganzen Strafbestimmungen erfolgte, können Geldstrafen ohne Höchstmaß verhängt werden. Alles dies, sowie die Tatsache, daß die Regierung immer wieder zu schärfster Durchführung der Bestimmungen angewiesen hat, dürfte auch dem „R.-A.“ nicht ganz unbekannt geblieben sein.

Schließlich meint der „R.-A.“: „Nicht einmal soweit ist die badische Regierung gegangen wie die bairische, daß sie wenigstens einen Anlauf nimmt, um sozusagen den guten Willen zu zeigen.“ Kann wollen wir dem „R.-A.“ die vertrauliche Aufklärung geben, daß wenn er die neuen bairischen Erlasse gegen Wucher- und Schiebertum genauer studiert und mit den entsprechenden, einige Zeit zuvor bereits ergangenen badischen Erlassen verglichen hätte, er eine sehr weitgehende Übereinstimmung hätte feststellen können. Er wird also wohl nicht gut umhin können, der badischen Regierung zugestehen, daß sie ebenfalls „sozusagen den guten Willen“ gezeigt hat. Daß, nachdem übrigens der besagte „gute Wille“ in zahlreichen Fällen schon zu recht erfreulichen und beträchtlichen Resultaten geführt hat, sich auf dem Fundament der erforderlichen Erlasse die vielversprechendsten „Taten“ aufbauen, dazu ist — um dies nochmals zu wiederholen — die intensive und rücksichtslose Mitarbeit aller anständigen Elemente unerlässlich.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Heidelberg, 22. April. Vermißt wird seit dem 15. April Fräulein Hildegard Salomon-Galbi, die Tochter des Geh. Hofrats Salomon in Heidelberg. Die 23 Jahre alte junge Dame, die hier als Musiklehrerin wirkt, hatte an dem genannten Tage eine Erholungsreise nach Weimarsdorf angetreten, ist aber dort nicht angekommen und es fehlt seitdem jede Spur von ihr.

